

VERÄNDERUNG UND STILLSTAND

ZUR AMBIVALENZ DER 1990ER JAHRE

≡ Franz Walter

Die 1950er waren miefig und verstaubt, die 1960er standen für Aufbruch und Revolte, in den 1970ern kamen bereits frühe Reformmüdigkeiten und Tendenzwenden auf, die während der 1980er Jahre indes nicht so kraftvoll durchschlugen, wie von den einen erhofft oder den anderen gefürchtet worden war, da weder nassforschende Yuppies noch linkslibertäre Grüne für altbackene geistig-moralische Wendungen zu haben waren.

TÜCKE DER PERIODISIERUNG

Dergleichen Sichtweisen, hier und da auch anders modelliert, sind populär, aber auch universitätswissenschaftlich weit verbreitet. Bücher, die dem (Zeit-)Geist eines Jahrzehnts auf die Spur zu kommen versprechen, finden verlässlich ihren Markt. Historiker müssen solchen Trends von Beruf und Ethos halber mit Fragezeichen begegnen. Denn die wissenschaftlichen Erkunder der Geschichte wissen, wie unendlich wichtig lang währende Sozialentwicklungen und tief verwurzelte Mentalitäten sind, die sich nicht an Geburts- und Todestage von Jahrzehnten halten, auch nicht an geschichtsbiologische Beginn- und Schlusspunkte von Jahrhunderten. Was man für das Typische eines Jahrzehnts oder eines Jahrhunderts nimmt, hat in der Regel den formativen Ausgang weit früher und zieht sich oftmals noch nach den Silvesternächten fort, die eine neue Dekade, ein Centennium oder gar Millennium einzuläuten pflegen. Im Unterschied zu, sagen wir, Politologen, denen es vollauf genügt, als Autoren von circa 25 ihrer Fachkollegen zur Kenntnis genommen zu werden, zielen Historiker doch gerne auf eine größere Leserschaft ihrer Werke. Und dieses Lesepublikum orientiert sich nicht ungerne an bekannten, konventionellen Periodisierungen, wozu Jahrzehnte und Jahrhunderte naturgemäß gehören. Um wissenschaftliche Einsicht wie Skrupel hier und

Publikumsbedürfnisse dort verträglich zu verknüpfen, bedienen sich Historiker infolgedessen des eleganten Kunstgriffs, ihre Darstellungen unter dem Rubrum der bekannten und formalen Zeiteinteilungen zu stellen, diese aber, unter streng sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive, qualitativ zu dehnen oder zu kürzen. Und so ist nunmehr eben das 20. Jahrhundert (oft in den Zeitraum 1914/17 bis 1989 gebannt) ein kurzes, das 19. Jahrhundert gilt mehrheitlich als langes; den 1950er Jahren wird ebenfalls eine lange Dauer (bis 1963 oder 1966) attestiert, während – wie es scheint – die 1980er Jahre verblüffenderweise tatsächlich mit dem Schlussjahr, also 1989, eine fundamentale Zäsur erlebten und somit einen zeitlich formalen wie überdies zumindest politikgeschichtlich substanziellen Abschluss fanden.

Ansonsten aber sind die qualitativen gesellschaftsgeschichtlichen Differenzen zwischen den Jahren 1961 und 1959 oder dem Jahr 1971 im Vergleich zu 1969 und so weiter nicht sonderlich gravierend. Die großen, tragenden sozialen Prozesse, Einstellungsmuster und politischen Konstellationen verbanden die Jahrzehnte, zogen keine scharfen Grenzen. Und doch schauen auch wir hier in diesem Heft auf ein Jahrzehnt in seiner zeitformalen Terminierung, auf die 1990er Jahre. Denn, nochmals, sich der eigenen Biografie, gerade im Blick auf die prägenden Sozialisationsjahre mit ihrer Musik, dem Kleidungsverhalten, dem Jargon, den Abgrenzungen gegenüber Vorgängerkohorten, über die dafür konstitutiven Jahrzehnte zu vergewissern und sie zu deuten, entspricht einer weitverbreiteten Neigung. Überdies: In den 1990er Jahren, nach dem Sturz von Mauer, Regimen und Ideologien, begann wirklich etwas grundlegend Neues, dessen Aus- und Nachwirkungen noch im Jahr 2015 von erstaunlichem Belang sind.

Das galt gewiss zuerst für den Osten des seit 1990 vereinten Deutschland. Mitte Dezember 2014 führte der *Zeit*-Journalist Patrik Schwarz die Genese der »Pegida«-Demonstrationen in Dresden auf die frühen 1990er Jahre zurück. Während im Westen Deutschlands nach dem großen weltpolitischen Bruch von 1989 zunächst das Leben im Großen und Ganzen wie zuvor weiterzugehen schien, rutschte den Bürgern der früheren DDR der Boden in »diesen Trümmerjahren ihrer Identität«¹ nahezu vollständig unter den Füßen weg. Die Produktion in den maroden Betrieben war überwiegend nicht fortzusetzen. Ganze Regionen verarmten, boten schlagartig kaum noch realistische Hoffnungen für die Zukunft. Die erlernte Semantik der Jahrzehnte bis 1989 war wertlos, ja schädlich; man hatte sie schleunigst zu verlernen. Importeliten aus dem Westen, nicht selten herrisch und arrogant im Auftritt, gaben nun den Takt vor. System und Institutionen, die im Gesundheitsbereich, in der Bildung und Ausbildung, in der sozialen Sicherung etc., vertraute Strukturen gebildet

1 Patrik Schwarz, Stolz und Vorurteil, in: *Die Zeit*, 11.12.2014.

hatten, wurden binnen Kurzem liquidiert. In der Tat, Erzählungen über diese Primärerfahrungen aus der Sattelzeit des Vereinigungsprozesses, tauchen in Ostsachsen bei den Aktivisten von Pegida bevorzugt auf.²

TRANSFORMATION UND RÜCKKEHR

Große Transformationen und fundamentale Emanzipationsvorgänge lassen Opfer, Geschädigte, sodann verbitterte Feinde zurück. Denn: Der Akt der ungestümen, weitreichenden Erneuerung weckt oft ältere, fast schon für überwunden gehaltene Ordnungsmuster von Individuen und Kollektiven auf. Jedenfalls, Anfang der 1990er Jahre kehrte zurück, was man zwischen den 1960er und 1980er Jahren als eingedämmt betrachtet hatte. Auf die neuen Flüchtlingsströme folgten Antworten, die mehrere Interpreten an die Weimarer Jahre erinnerten: Misstrauen, Ablehnung, Stigmatisierung, Verfolgung. Anschläge auf Asylheime brannten sich seither in die Erinnerungen an die frühen neunziger Jahre ein. Und bei aller Vorsicht gegenüber hurtigen Parallelisierungen kann man die düstere Atmosphäre in Deutschland der Jahre 1991/92 in Bezug auf die damals hoch virulente Asylfrage und den Umgang mit Ausländern nun in den Wintermonaten 2014/15 ein wenig wiedererkennen, wenngleich die wirtschaftlichen Probleme in der Vereinigungskrise vor einem Vierteljahrhundert gewiss weitaus belastender waren, zumindest so empfunden wurden, als dies derzeit (noch) der Fall ist.

Dazu kam in den frühen 1990er Jahren die Koinzidenz von mehreren neuen Problemen im alten Antlitz. Kriege und Bürgerkriege kehrten nach Europa zurück, nationalistische Leidenschaften reaktivierten sich; geopolitische Begründungsstränge für außenpolitisches Handeln gewannen neue Attraktivität. Und die Religion, deren Bedeutung für das Denken und Tun im Westen Europas sich über die Jahre mehr und mehr verschlissen hatte, bot in anderen Teilen der Welt eine Quelle, aus der zur Kräftigung von Identität, Selbstbewusstsein oder gar Sendungsbewusstsein nun besonders eifrig geschöpft wurde. Schließlich war auch das mit Verblüffung zu konstatieren: wie zäh sehr alte Ideologien und Spiritualitäten die Zeitläufe und modernen Heilsbotschaften überdauert hatten; wie wenig hingegen die linksrevolutionären Formationen, die sich im 20. Jahrhundert in Teilen der Welt mit unerbittlicher Energie und umfassenden Durchdringungsanspruch die politische Macht okkupiert hatten, nachhaltig Neues hatten konstituieren können.³

Insofern erschienen die neunziger Jahre in vielerlei Hinsicht als ein Jahrzehnt der Rückkehr, gewissermaßen als das glatte Gegenteil der sechziger Jahre, des glorifizierten Aufbruchjahrzehnts. Damals setzte mit enormer Schubkraft ein tief greifender Wertewandel ein, indem die Individuen sich aus

2 Vgl. Lars Geiges, Stine Marg u. Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

3 Vgl. Jürgen Kocka, Sozialgeschichte der neunziger Jahre, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 40 (1993) H. 12., S. 1125–1129, hier S. 1127.

tradierten Zusammenhängen, Normen, Milieus und Vergemeinschaftungen lösten, ihre eigene Freiheit verlangten, Autonomie sicherten, die Selbstentfaltung an die Stelle von Ordnung und Disziplin stellten. Das setzte sich in den siebziger und achtziger Jahren fort, wirkte in Gestalt der Grünen gar parteibildend und verdichtete sich zu einem damals viel und hoffnungsvoll zitierten rot-grünen Generationenprojekt. Zu den Paradoxien, welche die Geschichte von Menschen und Gesellschaften üppig bereithält, gehörte, dass das rot-grüne Projekt (1998) an die Macht kam, als die gesellschaftliche Strömung, die sie zuvor getragen hatte, bereits deutlich abebbte. Für Soziologen sind die 1990er Jahre ein Jahrzehnt des Wandels des Wertewandels.⁴ Die Deutschen drängten nicht mehr nach weiteren Optionen und Freiheitsräumen, waren vielmehr der multiplen Möglichkeitsmomente und heterogenen Rollenangebote überdrüssig, vermissten nach den Jahrzehnten des Auszugs aus den Vergemeinschaftungen die Wärme von Bindungen in Familien oder anderen Assoziationen, suchten nach Anker im permanenten Fluss der Betriebsamkeit und Herausforderungen. Die Pathologien der entstrukturierten Freiheit gerieten in den Mittelpunkt. Die Klagen über Erschöpfungen begannen in diesem Jahrzehnt. Sicherheits- und Ordnungsbedürfnisse wurden nun nicht mehr belächelt oder als borniertes Spießertum verächtlich gemacht. Besonders junge Männer, von der Sorge um das Scheitern im Beruf, Liebesleben und Partnerschaft geplagt, schätzten vermehrt verlässliche Haltepunkte, Konventionen und stabilisierende Routinen. Die fortschreitende Mehrung postmaterieller Einstellungen stoppte signifikant. Der Pendel des Wertewandels schien zurückzuschlagen, zumindest auszusetzen, zu pausieren. Der Soziologe Stefan Hradil fand dafür den Begriff der Modernisierungs-»Zeitlupe«⁵. Auch die forcierte Bildungsexpansion seit den späten 1960er Jahren kam erkennbar zum Stillstand, kehrte sich für die Kinder sozial schwacher Familien gar wieder um. Die Progressivität von 1968 ff. büßte erheblich an Resonanz und fast ganz an Aura ein. Die Linkslibertät jener Jahre geriet in mehrerer Hinsicht in eine Art Rollback, da nun auch Grüne und frühere Liberale in Fragen der Sexualität, des Strafrechts, des individuellen Genusslebens auf Verbote, Kontrollen, schärfere Gesetze insisierten. Und über alledem thronte bis in den Herbst 1998 hinein der Kanzler Helmut Kohl, der in der Rezeption leitkultureller Deuter ebenfalls nicht als Fortschrittsdynamiker, sondern als provinziell-statische Verkörperung eines dominanten gesellschaftlichen Stillstands figurierte.

Aber den *einen* Geist, die *eine* Entwicklung, das *eine* und verbindliche Singnum weisen Jahrzehnte in modernen Gesellschaften nicht aus. In der Regel mischen sich alte und neue Elemente. Dynamiken erzeugen Durchbrüche, aber auch retardierende Reaktionen. Kontroverse Erfahrungsschichten

4 Vgl. Stefan Hradil, Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und einer ihrer Gegenbewegungen, in: Wolfgang Glatzer u. a. (Hg.), Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung, Opladen 2002, S. 51 ff.

5 Stefan Hradil, Zur Sozialstrukturentwicklung in den neunziger Jahren, in: Werner Süß, Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung, Opladen 2002, S. 227–250, hier S. 249.

verschiedener Generationen bestehen neben- oder übereinander und stiften so unterschiedliche Zeitgeiste. Infolgedessen findet man viele Ambivalenzen, kaum simple Eindeutigkeiten. Und die 1990er Jahre dürften ein besonders vielschichtiges, auch widersprüchliches Jahrzehnt gewesen sein. Der Wertewandel und die Bildungsreformen kamen wohl in beachtlichen Teilen zum Erliegen, aber in anderen Bereichen marschierten sie munter weiter. Der Anteil weiblicher Abiturienten und Hochschulabsolventen – dessen Steigerung eines der erklärten Ziele zu Beginn der Bildungsexpansion Mitte der 1960er Jahre gewesen war – wuchs im hier behandelten Jahrzehnt erheblich. Die grundlegenden Bildungsinstitutionen durchliefen seit den 1990er Jahren einen folgenreichen Wandel, an dessen Ende neuhumanistische Pädagogiken und Humboldt'sche Ideale von der selbstbestimmten Einheit der Forschung und Lehre in hohem Maße auf ein Minimum gerupft waren.⁶ Der Bildung teilte man nun mehr und mehr die Funktion des Motors und Innovators von ökonomischer Effizienz und fortlaufender wettbewerbszentrierter Modernisierung zu. Der Einfluss staatlicher Bürokratien wurde zurückgedrängt, die Macht von (durch niemanden legitimierten) Agenturen, Evaluationskommissionen, Qualifikationssicherern und Benchmarkingexperten stieg schlagartig an. Das Jahrzehnt endet entsprechend, mit der Unterschrift von 29 europäischen Bildungsministern unter der Erklärung von Bologna.

»Privat statt Staat« – das avancierte zu einem zentralen Slogan aller derjenigen, die nach dem Fall der Mauer und dem Verschwinden der staatssozialistischen »Systemalternative« auch das katholisch-christdemokratische/sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell zum Anachronismus und Modernitätshemmnis erklärten und für einen ambitionösen Deregulierungsschwung plädierten. Das Bankenwesen, die Finanzwirtschaft insgesamt sollten liberalisiert werden; überdies lockten die enormen Renditepotenziale einer Vermarktlichung der Sozialsysteme. Die neuliberalen Eliten schwärmten von der Tatkraft Maggie Thatchers, die ihr Land rigide umgekrempelt hatte. So wünschte man sich das weltweit. Auch in Deutschland verbreiteten sich diese Choräle; auch hier fanden sie keineswegs wenige Zuhörer und Akklamateure. Aber der pfälzische Bundeskanzler in Bonn hielt nichts von Frau Thatcher, und er glaubte nicht an die Segnungen brachialer Veränderungen. Da die Sozialdemokraten seinerzeit noch heroischer die überlieferte Sozialstaatlichkeit verteidigten, blieben hierzulande angelsächsische Radikalkuren vorerst aus.

6 Vgl. hierzu Detlef Gau, Das Bildungssystem in den 1990er Jahren. Am Beginn einer Zeitenwende, in: Werner Faulstich (Hg.), Die Kultur der 90er Jahre, München 2010, S. 149–162.

JAHREZEHNT DES STAGNATION ODER DER VERÄNDERUNG

Dennoch identifizierten Wirtschaftshistoriker in den 1990er Jahren entscheidende Weichenänderungen in der Wirtschaft Deutschlands. In diesem

Jahrzehnt vollzog sich ein Generationswechsel im Management der deutschen Unternehmen.⁷ Die Deutschland-AG bekam ein neues Gesicht, das immer weniger Züge des klassischen rheinischen Kapitalismus trug. Die neuen Manager kamen mehr und mehr aus der universitären betriebswirtschaftlichen Ausbildung, waren weniger mit der fachlichen Produktion ihrer Unternehmen vertraut. Durch ihre Auslandsaufenthalte brachten sie neue, aus dem Angelsächsischen entlehnte Methoden der Betriebsführung mit.⁸ Frühere Loyalitäten gegenüber regionalen Standorten und langjähriger Belegschaften schliffen sich ab. Statt kooperativer Aushandlungsformen bevorzugten die neuen Manager harte, kompetitive und konfrontative Wettbewerbsmethoden. Trotz des allgegenwärtigen Lamentos in der späten Kohl-Ära über die bedrückende Last eines »Reformstaus« schienen also massiv Kräfte heranzuwachsen, die dem alten bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat den Garaus bereiten und ihn durch eine fundamentale Alternative ersetzen wollten.

Indes, eine solche kohärent entworfene Fundamentalalternative vermochten sie der deutschen Gesellschaft nicht zu oktroyieren. Bei den Meinungsführern in der Republik, im Grunde von links bis rechts, nährte das eine chronisch schlecht gelaunte Stimmung, welche sie wieder und wieder über mangelnde Reformen und ausgebliebene Veränderungen klagen ließ.⁹ Deutschland wurde von ihnen zum »kranken Mann« Europas deklariert. Der Bundespräsident Roman Herzog äußerte sich in einer Rede im April 1997 in Berlin hochbesorgt über die »unglaubliche mentale Depression« im Land und forderte einen großen »Ruck« ein, womit er ein bis zu den Wahlen 1998 debattenprägendes Stichwort vorgegeben hatte.¹⁰ Auch im Rückblick blieb die Wahrnehmung eines schier bedrückenden Reformstaus lange und fest erhalten, bei Journalisten wie auch bei Politologen. Jan Ross etwa wertete das Jahrzehnt negativ als »verlorene Jahre«¹¹; der Politologe Roland Czada vermisste die Leitidee, die allein Reformen hätte inspirieren und fundamentieren können, wie insbesondere die Ära der Veränderungen im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren gezeigt habe.¹²

Diese Sicht hat den Widerspruch, ja geradezu den Spott von Hans-Peter Schwarz, Biograf Konrad Adenauers und Helmut Kohls, hervorgerufen.¹³ Die viel bejubelten Reformen in der Kanzlerschaft Willy Brandts hält der emeritierte Politikwissenschaftler eher für läppisch, ohne große Wirkungsbreite und -tiefe, für pure Oberflächenphänomene. Wirklich richtungsweisend und dabei von tief greifendem Ausmaß ging es Schwarz zufolge nur in zwei Jahrzehnten zu: den 1950er- und eben den 1990er Jahren, in der zweiten Hälfte also der Regierungsära Kohl, die gemeinhin als besonders stagnativ verrufen ist. Nun ist der Politologe Schwarz immer auch ein außerordentlich politisch

7 Vgl. Lu Seegers, *Manager-Bilder. Leitvorstellungen und Wirtschaftshandeln in der Bundesrepublik Deutschland (1970–2000)*, in: Miriam Gebhardt u. a. (Hg.), *Das integrative Potential von Elitenkulturen*, Stuttgart 2013, S. 177–189, hier S. 187 f.

8 Vgl. Saskia Freye, *Führungswechsel. Die Wirtschaftselite und das Ende der Deutschland AG*, Frankfurt a. M. 2009, S. 115 ff.

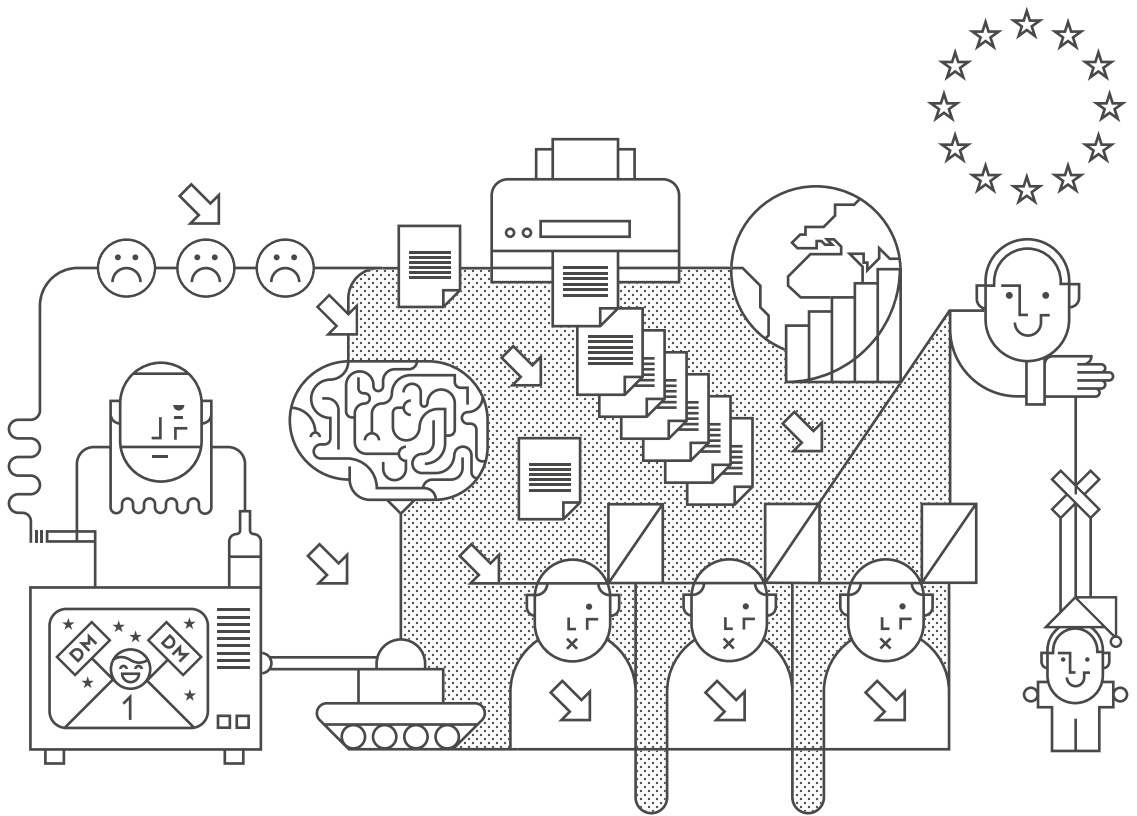
9 Beispielhaft Hans Werner Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?*, Berlin 2004.

10 Rede nachzulesen unter URL: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Redde.html [eingesehen am 30.01.2015].

11 Jan Ross, *Die verlorene Zeit. Ein kurzer Rückblick auf die langen neunziger Jahre*, in: Merkur, Jg. 56 (2002) H. 7, S. 555–565.

12 Vgl. Roland Czada, *Zwischen Stagnation und Umbruch, Die politisch-ökonomische Entwicklung nach 1989*, in: Werner Süß, *Deutschland in den neunziger Jahren. Politik und Gesellschaft zwischen Wiedervereinigung und Globalisierung*, Opladen 2002, S. 203–225, hier S. 223.

13 Vgl. Hans-Peter Schwarz, *Reformimpulse in den neunziger Jahren. Der Reformator Helmut Kohl*, in: Güter Buchstab u. a. (Hg.), *Die Ära Kohl im Gespräch*, Berlin 2010, S. 557–578.



urteilender Autor, der beherzt im Streit der Meinungen Partei ergreift und dabei gewiss nicht ungern das linksliberale *Juste Milieu* ärgern möchte. Gleichwohl, die Lesart von Schwarz zu den neunziger Jahren ist keineswegs abwegig. Eher wirkt es in der Rückschau merkwürdig, wieso man dieses Jahrzehnt als veränderungsunwillig betrachtet. Im Osten Deutschlands war die jähe Zerschlagung aller bis dahin über Jahrzehnte tragenden Fundamente von einer historisch seltenen Rigidität und Entschlossenheit.¹⁴ Neue Infrastrukturen, neue Verfassungsgebote, neue intermediäre Instanzen, ein neues Finanzwesen und eine neue Währung mussten eingeführt werden. Mindestens ebenso gravierend für die Bürger des vereinigten Landes, aber von ihnen zunächst kaum bewusst registriert, waren die Entscheidungen im Zuge der europäischen Integration, die Helmut Kohl fraglos zielstrebig und mit unbeirrter Entschiedenheit in Gang gesetzt und weit auf den Weg gebracht hatte, von der neuen europäischen Währung über die neuen institutionellen Kooperationsgeflechte, die in Deutschland zu Souveränitätsverlusten des nationalen Parlaments, insbesondere auch der Landtage führten. Auch die durchaus nicht marginalen Post- und Bahnreformen fielen in diese Jahre. All dies machte Deutschland – und nicht nur Deutschland – anders.

14 Vgl. Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1147–1153.

Die Stillstands-Debatte der 1990er Jahre war unzweifelhaft ein Elitendiskurs. Vor allem im Wirtschaftsbereich, bei den größeren Unternehmen, insbesondere aber im Investmentsektor und der *New Economy* herrschte eine geradezu tolldreiste Goldgräberstimmung.¹⁵ Der Aktienboom heizte die Gier nach rasch abgeschöpften Gewinnen noch mehr an. Denen, die so verdienten, konnte es gar nicht schnell genug gehen, die ihnen längst überlebte Industriegesellschaft zu verschrotten, den Finanzmärkten und -strömen völlig freien Lauf zu verschaffen, die Steuern markant zu senken, den »Sozialkitsch« samt der aufwendigen Wohlfahrtseinrichtungen eines entschieden zu »fetten Staates« in den Orkus der Geschichte zu versenken.

Nur: Andere hatten keineswegs den Eindruck einer stillgelegten und gemächlich vor sich hin dösenden Gesellschaft. Im Gegenteil, ihnen stellte sich die Realität zuweilen wie ein Albtraum des Gejagtwerdens, der hoffnungslosen Flucht, letztlich: der Zerstörung des bisherigen Seins dar. Im Osten des neuen Deutschlands war das evident, da vier Jahre nach dem Kollaps des Honecker-Regimes nur noch gut ein Viertel der früheren DDR-Bürgerinnen und -bürger an dem Platz arbeitete, den sie/er 1989 noch eingenommen hatte. Aber auch im Westen wuchs im Zuge der Vereinigungskrise bei vielen die Furcht davor, nicht mehr mithalten zu können, in das Lager der Gescheiterten, Entbehrlichen und Überflüssigen abgeschoben zu werden.¹⁶ Die alte Industriegesellschaft, die zumindest in den konjunkturell guten Zeiten auch Ungelernten und ihren Familien über Arbeit ein selbst verantwortetes Leben hatte ermöglichen können, schien nun final ihren Abschied zu nehmen. 1996 war dafür ein Signaljahr: Die AEG und die Vulkanwerft gingen, neben weiteren 25.000 Unternehmen, in den Konkurs.¹⁷ Und im selben Jahr marschierten in Bonn so viele Gewerkschaftsmitglieder – rund 350.000 – wie noch nie nach 1945 sozialkämpferisch gegen die Sparpläne der schwarz-gelben Bundesregierung auf, was Oskar Lafontaine, seit 1995 Vorsitzender der Sozialdemokraten, sogleich aufnahm und in politische Forderungen seiner Partei bis in das Wahljahr 1998 hinein vermittelte.

Empirische Erhebungen aus dem Jahr 2008 zeigten, dass die unteren Schichten lebensgeschichtlich die schlimmste Zeit, die fatalsten Brüche in ihrer Biografie in den 1990er Jahren verorteten, als nicht nur die schon zuvor existente Arbeitslosigkeit drückte, sondern als überdies die Neuen Medien, die neuen Technologien, die neue Währung, die neuen Ansprüche im Geschlechter- und Familienverhältnis, die Appelle zur fortwährenden Bildung ihnen auf den verschiedensten Ebenen zusetzten.¹⁸ Mit einem Problem fertigzuwerden, hätte ihnen noch vielleicht gelingen mögen. Doch nun bündelten sich die Wandlungen und Zumutungen auf allen Seiten der Alltagsbewältigung.¹⁹

15 Auch Wolfram Weimer, *Wer zu hoch fliegt, dem droht das Abseits*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.04.1992.

16 Siehe hierzu u. a. Martin Kronauer, *Exklusion: die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, Frankfurt a. M. 2002.

17 Vgl. Werner Faulstich, *Einführung – zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konturen*, in: Ders. (Hg.), *Die Kultur der 90er Jahre*, S. 7–20, hier: S. 11.

18 Siehe Franz Walter, *vom Milieu zum Parteienstaat. Lebenswelten, Leitfiguren und Politik im historischen Wandel*, Wiesbaden 2010, S. 203 ff.

19 Auch Heinz Bude, *Schicksal*, in: Ders. (Hg.), *Deutschland spricht. Schicksale der Neunziger*, Berlin 1995, S. 7–12.

Sie hatten nicht den Eindruck, in Zeiten des Stillstands zu leben, in denen man kommod innehalten und gemütlich ein schönes Päuschen genießen konnte. Im Grunde galt das auch gesamtgesellschaftlich.²⁰ In den 1990er Jahren überschnitten sich mehrere schwergewichtige Probleme und Krisen. Die Vereinigung in Deutschland musste gelingen. Der europäische Integrationsprozess war fortzuführen. Der Bürgerkrieg auf dem Balkan erforderte eine politische und hochkonsequente Haltung. Die mittelosteuropäischen Nachbarn durften im Transformationsprozess nicht alleingelassen werden. Im noch 1989 einigermaßen konsolidierten Staatshaushalt türmten sich nun wieder die Schuldenlasten. Die Arbeitslosigkeit war immens angestiegen, die Zahl der Asylsuchenden wuchs so sehr, dass das Grundgesetz in diesem Punkt umstritten und schließlich verändert wurde. Der Soziologe M. Rainer Lepsius hatte einmal darauf hingewiesen, dass Nationen kaum dazu in der Lage sind, mit sich überlappenden Basis herausforderungen, die sämtlich zeitgleich auftreten, auf zivile Weise fertig zu werden. Auch ein gut funktionierendes System kann in der Regel jeweils nur ein Großproblem konstruktiv lösen, denn jede Organisation – auch der Staat – besitzt eine beschränkte Leistungsfähigkeit. Insofern ist es in der Retrospektive verblüffend, dass am Ende des Jahrzehnts ein geordneter, demokratischer Regierungswechsel und nicht eine turbulente Desintegration stand.

HYPE DER MEDIEN

Gleichviel, ob die Menschen in der Tristesse eines so wahrgenommenen Stillstandes litten oder sich mit den ersten *Burnouts* infolge eines permanenten Veränderungsdrucks plagten, es gab die Kompensation der Unterhaltung. Die unterhaltenden Massen- und Medienkulturen hatten nicht mit den 1990er Jahren begonnen, aber doch einen weiteren qualitativen Sprung gemacht. 1992 erfreute sich mit RTL erstmals ein Privatsender der Marktführerschaft bei der »werberelevanten Zielgruppe« der 14- bis 49-Jährigen,²¹ da ihn die Einschaltquoten vor ARD und ZDF katapultiert hatten. Ende des Jahrzehnts konnte man sich in einem deutschen Durchschnittshaushalt in 36 Programme einschalten.²² Das hatte nicht nur Auswirkungen auf das Alltagsverhalten. Auch das Verständnis von Kultur, schließlich gar der Politik formte sich um. Die klassische bürgerliche Hochkultur verlor zwar nicht ihre überlieferten und vom Staat großzügig subventionierten Orte, aber ihre Vorbildstellung, ihr nach unten sickernder Prägestoff ging doch unübersehbar verloren. Die neuen Massenkulturen wurden noch ein Stück unelitärer, plebejischer, ja proletaroider. Das Privatfernsehen verschaffte sich überwiegend Aufmerksamkeit durch immer neu ausgetüftelte, artifizielle Events, operierte

20 Vgl. Herbert, S. 1158 ff.

21 Vgl. Rüdiger Heimlich, Der Wurm ist in der Mitte angekommen, in: Frankfurter Rundschau, 09.01.2009.

22 Vgl. Karin Knop, Zwischen Schock- und Onlinewerbung – Die Werbelandschaft in den 1990er Jahren, in: Faulstich, S. 215–234, hier S. 228.

mit Schock- und Ekelementen, Regelverstößen und der fortwährenden Befriedigung verbreiteter Voyeurismusbedürfnisse.²³

Das alles fand in diesem Jahrzehnt Eingang in Politik und Parteien. Besonders die frühere eher maßvoll auftretende Honoratiorenpartei FDP mutierte zum Ende des Jahrzehnts unter dem Generalsekretär Guido Westerwelle zu einer schrillen, grellen, sich lustvoll als Tabubrecher in Szene setzenden Spaß- und Protestpartei. Doch auch Sozialdemokraten und Grüne hatten zuvor bereits den Reiz und die schnelle Durchschlagskraft, in Bezug auf mediale Beachtung, das Mittel der Provokation entdeckt. Gerhard Schröder, Oskar Lafontaine, Joschka Fischer auch Jürgen Trittin hatten sich mit dieser Methode rasch bekannt gemacht und an die Spitze ihrer Partei gebracht. Doch erst im Jahrzehnt darauf gerieten die Tücken und Menetekel einer Politik gezielter Provokation – die notwendigerweise zu immer weiteren Zuspitzungen und Eskalationen drängen muss – in den Blick. In den 1990er Jahren trug sie zunächst allein zu einer Abkehr vom klassischen Parteientypus bei. Mitgliederorganisationen, Funktionäre, Programmelaborate büßten ihr Gewicht in der politischen Willensbildung und für die Rekrutierung der politischen Eliten ein. Denn als weit wichtiger erachtete man nun Medienkompetenz, besser noch: prononciertes Mediencharisma. Und statt auf prinzipientreue Aktivisten oder Theoretiker aus dem eigenen Parteienkosmos hörten die Spitzenwahlkämpfer jetzt verstärkt auf Meinungsforscher, Marketingexperten, Spindoktoren, professionelle Berater in *Think Tanks*.

So hatten sich die Sozialdemokraten, als sie nach 1998 in der Bundesregierung standen, von zentralen früheren politischen Positionen gelöst. Das wurde anfangs von den Medien als außerordentlich modern, unideologisch und pragmatisch gerühmt. Denn das Alte galt als Ballast, als überständiger Traditions Müll. Doch hatten die rot-grünen Modernisierer, mit Ausnahme der ökologischen Steuerreform, nur wenig genuine Ideen, ein originäres Konzept. Die Generation Schröder kam an die Macht, ohne eine eigene wirtschafts-politische, außenpolitische, sozialpolitische Philosophie. Alles wurde 1999 schon geborgt, sei es von den Briten, sei es von Skandinavien, rasch wieder ausgewechselt, durch neue Anleihen ersetzt. Und so wirkten die Sozialdemokraten bald, als wüssten sie nicht mehr, welche Gesellschaft sie eigentlich anstrebten. Sie schienen sich nicht sicher zu sein, ob der Sozialstaat nun ein gelungenes Sozialmodell war oder doch eher ein bürokratisches Hemmnis gegenüber eigenverantwortlicher Initiativen. Sie schwankten darin, ob hohe Steuern Teufelswerk wären oder ein Segen für das Volk. Sie waren unentschieden darin, ob effektive Bürokratien wichtig für die gesellschaftliche Kohäsion waren oder eine Blockade für flotte privatwirtschaftliche Dynamik darstellten.

23 Siehe dazu z.B. URL: <http://kurier.at/kultur/medien/erinnern-sie-sich-an-die-spiel-shows-der-90er/15.060.348/slideshow#15060348,14972718> [eingesehen am 31.01.2015].

Der Vertrauensschwund, den die Sozialdemokraten bei etlichen früheren Anhängern erlebten und bis heute nicht rückgängig machen konnten, hat hier, schon in den 1990er Jahren, in der Zeit ihres größten Triumphes bei den Bundestagswahlen 1998, seinen Anfang genommen. Die Sozialdemokraten haben in diesen Jahren des sogenannten »Dritten Weges« eine große historische Chance vertan, keineswegs nur in Deutschland. Denn sie verfügten zu jener Zeit in Europa weitflächig über die Regierungsmacht. Sie hätten die Finanzpolitik konzertieren, hätten harte Regeln für die Kapitalmärkte aufstellen können. Eben das forderten schon 1999 einige prominente frühere Herolde des Neoliberalismus wie Paul Krugman, Jeffrey Sachs, George Soros.²⁴ Sie wussten, wovon sie redeten, erkannten klar, dass das unkontrollierte globale Finanzsystem einer Katastrophe entgegensteuerte. Die Sozialdemokraten ignorierten all diese Warnungen; sie skandierten launig die neoliberalen Trinksprüche noch zu einem Zeitpunkt, als die Party längst ihren Höhepunkt überschritten hatte und der Katzenjammer sich schon andeutete. Hinzu kam, was der kundige journalistische Beobachter Werner A. Perger über die Führungspersonen der neuen Sozialdemokratien schrieb: »Sie hatten offenkundig keine Ahnung von den Alltagssorgen der Bürger, den Veränderungen am Arbeitsplatz, den Folgen des wachsenden Leistungsdrucks auf Familien.«²⁵ Auch Ralf Dahrendorf urteilte, der Auftritt der europäischen Sozialdemokratien des »Dritten Weges« sei allein »für diejenigen attraktiv« gewesen, die sich nicht bedroht gefühlt hätten.²⁶ Der Graswurzelverlust der Sozialdemokraten wurde sodann zur großen Chance des Rechtspopulismus in Europa. Die populistische Rechte wuchs und gedieh mit der bei ihr nun üblichen Sozialrhetorik trefflich an den Rainen des so genannten Dritten Weges.

DER DEZISIONISMUS DER TAT UND DER SEGEN DER TATENLOSIGKEIT

Das hatte ebenfalls seinen konstituierenden Ausgang in den 1990er Jahren. Was blieb, war der Dezisionismus der politischen Tat und der apodiktische Verweis auf deren unzweifelhafte »Alternativlosigkeit«. In den 1990er Jahren hatte die Politik die Vorzüge dieser Vokabel als Immunisierung eigener politischer Entscheidungen gegenüber jedweder Kritik entdeckt. Die Wiedervereinigung war demzufolge auch in ihrer Geschwindigkeit und Ausgestaltung »alternativlos«. Die Modellierung der Europäischen Union hatte sowieso den Gütestempel der »Alternativlosigkeit« erhalten. Später stand die »Alternativlosigkeit« verlässlich in der Überschrift, um Steuern zu senken, militärische Interventionen und Sozialeingriffe zu legitimieren. Um Politik in hochkomplexen Gesellschaften mit etlichen Vetomächten Handlungsmöglichkeiten zu

24 Vgl. hierzu Eric Hobsbawm, *Der Tod des Neoliberalismus*, in: Stuart Hall, *Bewegung ohne Ziel*, in: Ders. u. a., *Tod des Neoliberalismus – es lebe die Sozialdemokratie?*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, H. 1/1999, Hamburg 1999, S. 8 ff.; Paul Krugman, *Die Große Rezession. Was zu tun ist, damit die Weltwirtschaft nicht kippt*, Frankfurt a. M. 2001; Georg Soros, *Die offene Gesellschaft. Für eine Reform des globalen Kapitalismus*, Berlin 2001.

25 Werner A. Perger, *Besserwisser habens schwer*, in: *Die Zeit*, 14.10.2004.

26 Ralf Dahrendorf, *New Labour und Old Liberty – Kommentare zum Dritten Weg*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.07.1999.

verschaffen, entfernten die Regenten den strittigen Diskurs aus diesem selbst geschaffenen und unmittelbar abgesperrten Raum.

Doch gilt Gerhard Schröder, der Schulmeister der »Alternativlosigkeit«, weithin als der energische Mann, der Deutschland vom Mehltau der unreformistischen Kohl-Jahre befreit hat. Mit seiner Sozialreform, in der Bundestagsrede als Agenda 2010 am 14. März 2003 angekündigt und in die Hartz-Gesetzgebung gegossen, habe der Aufstieg aus dem tiefen Tal der Erstarrung und dem Strukturkonservatismus in den 1990er Jahren begonnen. Dabei war das Land schon vor der Agenda längst in diese Richtung in Bewegung geraten.²⁷ Die Lohnkosten in Deutschland waren im EU-Vergleich schon seit den 1990er Jahren außerordentlich langsam gestiegen, genauer: um weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts. Die Gewerkschaften hatten in Tarifauseinandersetzungen große Zurückhaltung gezeigt. Verlorene Arbeitstage durch Streiks gab es kaum, erheblich weniger jedenfalls als in den USA oder in Großbritannien. Die Arbeitskosten waren dadurch in den letzten Jahren drastisch gesunken, auch hier: stärker als in den angelsächsischen Ländern. Die Großunternehmen fanden in der deutschen Sozialordnung flexible Voraussetzungen vor. Der Flächenvertrag hatte in weiten Bereichen seine Verbindlichkeit eingebüßt. Vor hohen Steuern mussten sich große Unternehmen in Deutschland ebenfalls nicht fürchten. Überhaupt war der deutsche Sozialstaat seit den 1970er Jahren keineswegs expansiv in die Breite gegangen. In der sozialen Sicherung war der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat gemessen an anderen Ländern der Europäischen Union gar zuletzt in das untere Mittelfeld abgerutscht; die Kosten, die in Deutschland kollektiv für Rente und Gesundheit aufgebracht wurden, lagen innerhalb des EU-Mittels. Zuletzt war auch in den Bereichen der Alters- und Krankenversicherung einiges reformiert und privatisiert worden. Grundlegend dereguliert worden war in den 1990er Jahren der Telekommunikations- und Energiemarkt. Privatisierungen waren damit einhergegangen, während zugleich der Anteil der staatlich Bediensteten Jahr für Jahr um etwa ein Prozent schrumpfte. Von einer massiven Bürokratisierung der Republik konnte also ernsthaft längst nicht mehr die Rede sein. Etliche Steuerreformen seit den 1980er Jahren hatten das unternehmerische Kapital von der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben gar weitgehend dispensiert. Lange fort währten allerdings die Probleme aus dem Management der deutschen Vereinigung.²⁸ In deren Folge tätigte der Westen Deutschlands vor allem über die Sozialkassen jährliche Transfers in der Größe des Brutto-Inland-Produkts von Tschechien und Ungarn. Und diese Transfers, die im Wesentlichen in die Konsumtion flossen, rissen Jahr für Jahr Lücken und Löcher in die eigentlich fälligen Infrastruktur-, Bildungs- und

27 Vgl. o.V., Germany's economy – ready to motor?, in: The Economist, 20.=8.2005, S. 54–56.

28 Vgl. Heiner Gassmann, 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – ein deutscher Sonderweg, in: *Leviathan* Jg. 32 (2004) H. 2, S. 164 ff.

Integrationsinvestitionen. Dennoch lag der Westen nach wie vor ökonomisch im höheren Mittelfeld der modernen Volkswirtschaften, als es mit Hartz IV richtig losging.

Mehr noch: In der großen internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise stand Deutschland allein deshalb so gut da, so zumindest der Befund von Guillaume Duval, weil es Schröder gerade *nicht* gelungen war, die überlieferten Strukturen des alten westdeutschen Modells komplett zu beseitigen.²⁹ Dazu zählt Duval den Föderalismus, die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern nach wie vor vergleichsweise starken Verbände, nicht zuletzt die industrielle Mitbestimmung, das System institutionalisierter Kooperation, also all das, was in den Walpurgisnächten der neoliberalen Hexentänze verbrannt werden sollte, was in den 1990er Jahren des Stillstands gegen die (unfreiwillige) Allianz von Kohl und Lafontaine allerdings nicht umfassend funktionierte. Es kann schon sein, dass die gewaltigen Transformationsaufgaben und die Prägekraft institutioneller Traditionen in mehreren Bereichen der deutschen Gesellschaft während der 1990er Jahre für eine Art Teil-Stau gesorgt haben, der verhinderte, dass zerschlagen wurde, was Deutschland später in der ökonomischen Krise seit 2008 stützen sollte.

²⁹ Guillaume Duval, *Made in Germany: Le modèle allemand au-delà des mythes*, Paris 2013.



Prof. Dr. Franz Walter, geb. 1956, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.